

ATTAC KEINE GEMEINNÜTZIGE ORGANISATION?

Dieses Urteil bedroht die gesamte kritische und engagierte Zivilgesellschaft!

2014 entzog das Finanzamt Frankfurt/Main dem Verein Attac den Status der Gemeinnützigkeit. Die Begründung: Attac habe sich nicht ausschließlich an die vom Gesetzgeber festgelegten Zwecke gehalten, sondern stattdessen "allgemeinpolitische Ziele" verfolgt. So z.B. streite Attac für eine Regulierung der Finanzmärkte, für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und für eine Grundversicherung. Das Frankfurter Finanzamt könne darin keine Zwecke sehen, die der Allgemeinheit zugute kommen!! Attac begnüge sich nicht mit Gutachten oder Bildungsveranstaltungen, sondern wolle mit Demonstrationen und Kampagnen auf die öffentliche Debatte einwirken.

Attac klagte gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit, und das Hessische Finanzgericht gab Attac Recht: Gemeinnützige Zwecke wie Bildung oder die Förderung des demokratischen Staatswesens seien nicht ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung erreichbar, urteilten die Richter: Politische Aktivitäten würden einer Gemeinnützigkeit nicht im Wege stehen, solange sie in ein umfassendes Informationsangebot eingebettet seien und im Gesamtkontext eines gemeinnützigen Zweckes stünden. Und das sei bei Attac der Fall: Seine Tätigkeit ordne sich den vom zuständigen Gesetz anerkannten Zwecken der Förderung der Volksbildung des demokratischen Staatswesens zu.

Das Frankfurter Finanzamt ging danach auf Druck des Bundesfinanzministeriums in Revision. Und die Richter des obersten deutschen Finanzgerichts, des Bundesfinanzhofs, entschieden am 26. Februar dieses Jahres im Sinne des Frankfurter Finanzamtes: Gemeinnützige Vereine dürften zwar punktuell politisch tätig werden, um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, aber Attac habe eine Grenze überschritten, wenn Forderungen zu verschiedenen Themen erhoben würden. Gemeinnützige Bildungsarbeit setze "ein Handeln in geistiger Offenheit" voraus, die bei den Kampagnen von Attac nicht mehr gegeben

sei. Die letztgültige Entscheidung zum Entzug der Gemeinnützigkeit muss nun wieder das Hessische Finanzgericht treffen. Im Allgemeinen orientieren sich die Landesgerichte aber an den Vorgaben des obersten Gerichts, Attac stünde dann noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen.

Ein negatives Urteil des Hessischen Landesgerichts hätte weitreichende Folgen: Der Einsatz großer Teile der Zivilgesellschaft für eine gerechtere, solidarischere und nachhaltigere Gesellschaft wird als nicht förderfähig deklariert! Der Zivilgesellschaft werden damit Ressourcen genommen und ihre Wirkungsmöglichkeiten werden eingeschränkt: Bürger könnten ihre Spenden nicht mehr von der Steuer absetzen, die Beantragung von Fördergeldern wäre erschwert, der Zugang zu Räumlichkeiten würde schwieriger. Der Status der Gemeinnützigkeit ist für viele Vereine überlebenswichtig!

Tausende Vereine und Nichtregierungsorganisationen werden nun vor die Frage gestellt: Wie soll man sich z.B. für Bildung und Demokratie einsetzen, ohne nicht auch gleichzeitig politisch zu sein? Aktuell wurde bereits den Vereinen "Deutsche Umwelthilfe" und "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit gedroht!

Aber Vereine und Stiftungen wehren sich dagegen: 80 von ihnen schlossen sich in der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" zusammen und fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft, die Beiträge zu humanistischer politischer Willensbildung leisten. Pro Asyl, Amnesty International, Brot für die Welt, IPPNM (Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs) gehören dazu.

Die Einschätzung des Bundesfinanzhofes, "die Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung ... erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck" ist eine schockierende Botschaft für alle, die aktiv für eine bessere Welt eintreten!

Der Vorstand von Attac appelliert an die demokratische Öffentlichkeit: "Positive Veränderungen beginnen bekanntermaßen immer damit, ein öffentliches Bewusstsein für ein Problem zu schaffen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen ... Mit großer Sorge blicken wir auf Länder, wie Ungarn oder Brasilien, die die Arbeit emanzipatorischer NGOs zunehmend erschweren und unterdrücken. Jetzt erleben wir auch hierzulande, wie Regierungen und Parteien immer öfter versuchen, politisch missliebige Organisationen über das Gemeinnützigkeitsrecht mundtot zu machen. Das werden wir uns nicht gefallen lassen!" Unterstützen wir Attac dabei!

Dr. Dorothea Wolff

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870 580 003 552 002 390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2019. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinngemäß zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogt-



© Hannelore Berner

FRAUENTAGSFEIER IN KLINGENTHAL

Unsere traditionelle, gemeinsame Frauentagsfeier mit den tschechischen Genossinnen und Genossen aus der Partnerstadt Kraslice führten wir am 8. März 2019 in den Räumen des Seniorenvereins im Rathaus in Klingenthal durch. Irmgard Meisel zeigte in ihrer Begrüßungsrede den Werdegang des Frauentags auf und das anschließende

Kaffeetrinken wurde von der Mundharmonikagruppe „Muh-Uhu's“, unter der Leitung von Jürgen Just, musikalisch umrahmt.

Hannelore Berner

Gedanken über die Zukunft

Im Gespräch mit Gregor Gysi
13. April 2019, 11-13 Uhr
Galerie des Malzhauses Plauen,
Alter Teich 7, 08527 Plauen

DIE LINKE.
Kreisverband Vogtland



UNGERECHTIGKEIT FÜR ELTERN ENDLICH ABSCHAFFEN

Am Dienstag wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss des Landkreises behandelt, nachdem der Antrag vom Kreistag in den zuständigen Ausschuss verwiesen wurden war. Mit der beantragten Änderung sollte die Ungleichbehandlung von Patchwork-Familien bei den Kita-Gebühren abschafft werden.

Wenige Wochen vor der Beratung hatte bereits ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) zu dieser Problematik gegen die Stadt Dresden gegeben. Die Landeshauptstadt hat bis zu dem Urteil die gleiche Auslegung von Familie bzw. Eltern angewendet wie der Vogtlandkreis. Das Gericht stellte jedoch fest, dass bei dem „verwendeten Begriff 'Eltern' nicht darauf abzustellen [ist], ob eine leibliche oder rechtliche (etwa durch Adoption begründete) Verwandtschaft zwischen den Familienmitgliedern besteht, sondern darauf, ob mehrere Kinder in einem gemeinsamen Haushalt leben.“

Die Ablehnung des Antrages ihrer Fraktion kommentiert Kreisrätin Janina Pfau: „Die Ablehnung und die dazugehörigen Begründungen und

Arroganz machen mich wütend. Wer hier von einer Benachteiligung von beispielsweise Alleinerziehenden durch die Änderung spricht, der hat das Problem bis heute nicht verstanden. Nur weil auch Kinder aus Patchwork-Familien berücksichtigt werden, heißt es doch nicht, dass dafür andere Geschwisterkinder keine Vergünstigungen mehr bekommen. Mir ist nicht verständlich, dass von einigen immer noch nicht verstanden wurde, dass sich die Familienformen verändert haben. Immerhin macht dieses Familienmodell gut 10 Prozent der Familien im Freistaat aus. Da drängt sich schon der Verdacht auf, dass man im Landratsamt und in Teilen des Kreistages auf Biegen und Brechen konservative Rollen- und Familienbilder durchsetzen will.

Auch ist es für mich vollkommen unverständlich, wie sich die Mehrheit des Jugendhilfeausschusses nach so einem Urteil des OVG auf die windige Argumentation des Landkreises einlassen konnte. Der Argumentation von Herrn Drechsel, dass die Richtlinie des Vogtlandkreises rechtssicher sei, fehlt seit Februar jegliche Grundlage. Unabhängig davon hat der Landkreis

dieses schon so oft behauptet und die Landesdirektion war einer anderen Auffassung. Leider passt sich damit der Beigeordnete wieder einmal mehr, dem Handeln des Landrates an.

Der Verweis, dass demnächst die Richtlinie wegen dem Gute-KITA-Gesetz so wie so geändert werden müsse, ohne jegliche Zeitschiene, ist ein Hohn gegenüber den Betroffenen. Denn wenn im Landratsamt eine Änderung gewollte gewesen wäre, hätte man doch einen Änderungsantrag stellen können.

Der Landrat versucht immer wieder in seinen langen und ausschweifenden Reden gegen einen Antrag, die Kreisräte zu beeinflussen, leider mit Erfolg, da meist die Einreicher keine Chance haben, die Aussagen des Landrates zu widerlegen, da er nun mal der Herr der Tagesordnung und der Sitzungsleitung ist. Auch wenn Herr Keil nur eine Amtsperiode Landrat sein wird, sollte ihm doch besonders das Wohl der kleinen Vogtländerinnen und Vogtländer am Herzen liegen, aber leider ist davon nichts zu erkennen.“ ~

KATJA KIPPING DISKUTIERT ZUM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN IM MALZHAUS PLAUE

Am Abend des Faschingsdienstag folgte Katja der Einladung des Stadtverbandes Plauen ins Malzhaus, um mit uns und den Plauener*innen über ein bedingungsloses, emanzipatorisches Grundeinkommen zu sprechen und uns diese Idee näher zu bringen.

Rund 50 Interessierte nutzten die Gelegenheit mit Katja ins Gespräch zu kommen, oder auch nur ihren Ausführungen zuzuhören.

Gleich zu Beginn berichtete uns Katja von ihrer sehr skeptischen Oma und ja, die ungeliebte faule Nachbarin, die würde es auch bekommen, dieses „bedingungslose, emanzipatorische Grundeinkommen“. 1000 Euro ohne Gegenleistung für jeden - wirklich ohne Gegenleistung!? Das bringt uns gleich zu der Frage: Was ist „Leistung“? Aber dazu später!

Ein starker Einstieg unserer Parteivoritzenden in ein spannendes Thema dieser Zeit. Ein Thema, mit welchem sie sich schon seit vielen Jahren auseinandersetzt, für welches sie sich heute stark macht. Und mit ihr gibt es noch eine Vielzahl anderer Befürworter. Gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen, kirchlichen Organisationen, Wissenschaftlern und Studierenden hat sie 2004 das Netzwerk Grundeinkommen mit gegründet. Auch Unternehmer wie Herr Werner Götz, Chef der Drogeriemarkt-Kette „dm“ ist ein glühender Verfechter der Idee des BGE.

Nach ca. 20 min Ausführungen von Katja war dann Zeit für Wortmeldungen. Es begann eine angeregte Diskussion.

Im Publikum gab es natürlich nicht nur positive Resonanz.

Ein Herr rechts außen (hier nur als Sitzposition) meinte, es würde nicht funktionieren, weil sich dann alle nur auf der faulen Haut ausruhen würden. Obwohl - na er würde sich, wenn er denn die Möglichkeit hätte, wohl doch auch mehr um seine pflegebedürftige Mutter kümmern. „Sehen sie, meint Katja dann sind wir doch gar nicht so

weit auseinander.“ Das entspricht auch ihren persönlichen Erfahrungen und ist ebenso in Studien und Versuchsprojekten zu beobachten. Weil der Mensch von Haus aus sozial eingestellt ist.

So auch Meinungen im Publikum: Eine würde sich mehr Zeit für ihr beeinträchtigt Kind nehmen. Es kann aber auch einfach mal eine berufliche Auszeit sein, die das BGE ermöglicht, Zeit und die Möglichkeit sich neu zu orientieren. Schließlich sind die Menschen in dem am besten, was sie am liebsten machen.

Leider haben wir zu oft von unseren Mitmenschen eine zu schlechte Meinung. Hier wären wir schon bei den wesentlichen Vorteilen des BGE. Plötzlich wären Freiräume da.

Im allgemeinen hätten die Menschen dann wieder mehr Zeit sich z.B. mit Politik zu beschäftigen, oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachzugehen, oder dem Kind eine Geschichte vorzulesen.

Hier kam dann die Diskussion auch wieder auf die Frage zurück: Was verstehen wir unter Leistung? wie definiert sich Leistung? Welche Arbeit ist denn für die Gesellschaft wertvoll? Ist die Arbeit eines Managers, welche die Vernichtung des Urwaldes zur Folge hat, wertvoller als die einer Kindergärtnerin, eines Altenpflegers oder eines Schriftstellers?

Zustimmung und Applaus erhielt unsere Politikerin bei ihrer Aussage, dass sich auch Männer in unserer Gesellschaft mehr Zeit für die Familie wünschen.

Fragen der Plauener an Katja waren außerdem: Wie steht es mit den Meinungen zum BGE innerhalb der Linken? Wird sich ein BGE nicht negativ auf die Mieten und Preise auswirken?

Würden die Unternehmer nicht geringere Löhne zahlen, wenn die Menschen ein BGE bekämen?

Würde es trotzdem weitere soziale Ab-

sicherungen und auch Sozial- und Krankenversicherung geben? BGE nur für Deutschland? -Würden dann nicht alle zu uns kommen und davon profitieren? Europaweit?

So erklärte Katja dann, dass sie genau darin auch die (einzige) Chance für die Zukunft und den Zusammenhalt Europas sehe und es wurde über einige Konzepte, und Projekte in verschiedenen Ländern gesprochen. Wir sind in Deutschland nicht die einzigen, die über ein BGE diskutieren. So war Katja z.B. letztes Jahr in Südkorea.

Fakt ist wohl, das BGE bedeutet eine große finanzielle Herausforderung. Es geht hier um eine gewaltige Umverteilung. Es würde einer Gesellschaft jedoch gut tun. Nicht zuletzt weil der erwerbsarbeitszentrierte Sozialstaat spätestens durch die technische Weiterentwicklung der Arbeitswelt ausgegliedert haben wird. Das Modell des BGE für eine solidarische Gesellschaft und die positive Entwicklung hin zu einem Sozialstaat, der gleichermaßen für alle Bürger*innen eintritt, ist doch ein erstrebenswertes Konzept, welches es in kleinen Etappen zu erstreben lohnt. So wäre / ist zum Beispiel eine Kindergrundsicherung ein erster Schritt in diese Richtung.

Alice Schubert & Karoline Loth

Weiterführende links:
https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BAG_Brosch2016.pdf;
<https://www.grundeinkommen.de>
<https://www.stern.de/wirtschaft/news/grundeinkommen-goetz-werner-erklart-warum-wir-dadurch-nicht-faul-werden-7542752.html>



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de

